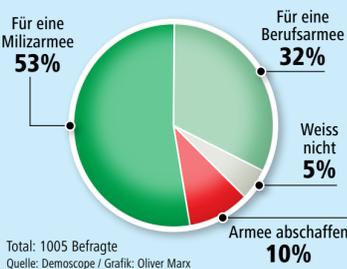


Form der Armee

«Soll die Schweiz weiterhin eine sogenannte Milizarmee haben, in der grundsätzlich alle Schweizer Männer Dienst leisten müssen, soll sie eine Berufsarmee erhalten oder soll die Schweizer Armee ganz abgeschafft werden?»



Die Jungen wollen eine Berufsarmee

MILIZ Je bürgerlicher, desto milizfreundlicher. Indes: Junge sprechen sich für eine Berufsarmee aus. Die jüngere Generation sei eben armee-kritischer, sagen Linke.

der Armee ist in der Bevölkerung nicht gross. Die Umfrageergebnisse sind ein Zeichen dafür, dass die jungen Leute Reformen wollen. Eine auf die klassische Landesverteidigung fokussierte Armee will man sich nicht mehr länger leisten. Die Armee müsse sich auf Katastrophenhilfe, Terrorabwehr und auf internationale Beobachtermissionen konzentrieren.

«Ein Drittel gegen Wehrpflicht»

Für den Luzerner Nationalrat Roland Fischer (GLP) hat die Zustimmung der jüngeren Generation zur Berufsarmee zwei Gründe: Einerseits sei diese Altersgruppe durch den Militärdienst direkt betroffen, weshalb die Ablehnung am stärksten sei. Gleichzeitig würden viele nicht mehr an die Wehrgerechtigkeit glauben. Lediglich noch 30 Prozent der Stellungspflichtigen erfüllen tatsächlich ihre Pflicht und beenden ihren Wehrdienst. «Es gibt eine Mehrheit, die keinen Dienst mehr leisten. Da sagen sich doch viele, dass die Wehrpflicht nicht mehr zeitgemäss ist und man gleich eine Berufsarmee einsetzen könnte.» Der Zuger alt Nationalrat Josef Lang, Mitglied der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), liest aus den Ergebnissen eine wachsende Skepsis der allgemeinen Wehrpflicht gegenüber heraus. Nächste Woche wird die GSoA ihre Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht und für eine freiwillige Miliz einreichen. Lang: «Interessant ist, dass 32 Prozent für eine Berufsarmee sind. Das heisst, dass mindestens ein Drittel die Wehrpflicht ablehnt.»

Der Schwyzer SVP-Ständerat und Sicherheitspolitiker Alex Kuprecht hält solche Interpretationen für Unfug. «Die Umfrage zeigt deutlich: Die Schweizer stehen hinter dem Milizsystem. Die Zustimmungsraten werden nicht steigen, wenn man den Leuten aufzeigen kann, dass eine Berufsarmee viel teurer ist.» Zur Abschaffung der Wehrpflicht meint er:

«Eine Milizarmee funktioniert nur über ein Obligatorium.»

CHRISTOPH REICHMUTH christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch



SP-Nationalrätin Evi Allemann fordert Reformen in der Armee.

Klare Mehrheit gegen den Kauf neuer Kampfjets

ARMEE Eine repräsentative Umfrage zeigt klar: Eine Mehrheit hält den Kauf neuer Kampfjets für unnötig. Trotzdem sind die Jet-Befürworter nicht beunruhigt.

LÉA WERTHEIMER lea.wertheimer@luzernerzeitung.ch

Der schwedische Gripen gerät in schweizerische Turbulenzen: In einer repräsentativen Umfrage dieser Zeitung, welche das Meinungsforschungsinstitut Demoscope durchführte, sprachen sich 64 Prozent der Befragten gegen den Kauf des neuen Kampfjets aus. Besonders in den Städten ist die Ablehnung gross (74 Prozent). Dass der Jet auf so viel Gegenwind trifft, freut insbesondere die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA).

Ein aerodynamisches Prinzip hingegen besagt, dass ein Flugzeug erst mit Gegenwind richtig an Höhe gewinnt – und das scheinen sich die Befürworter der Jets nun zu Herzen zu nehmen, denn nervös wirken sie nicht. «Das Resultat ist weder erschreckend noch überraschend», sagt etwa Fabian Ochsenner, Präsident der Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe (Avia). Ochsenner zweifelt gar an der Aussagekraft solcher Umfragen. Sie seien nicht mit einem Abstimmungsresultat gleichzusetzen. «In der Vergangenheit haben sie sich als schlechte Indikatoren erwiesen.» Er scheue keine Volksabstimmung, im Gegenteil. «Ich würde einen Entscheid des Volkes begrüssen.» So wäre die Legitimation der neuen Kampfflugzeuge gefestigt, fügt Ochsenner an.

Eine Initiative angehängt haben bereits die GSoA und die SP. Beide sind sie optimistisch, das Volk für sich gewinnen zu können. «Ich bin überzeugt, dass sich bei einer Abstimmung 70 Prozent der Bevölkerung gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge stellen würden», schätzt der Zuger Josef Lang, Vorstandsmitglied der GSoA – noch besser seien die Chancen bei einem Referendum.

«Schweiz noch nicht aufgeklärt»

Während die Aversion gegen Kampfflugzeuge in links-grünen Kreisen mit 86 Prozent erwartungsgemäss hoch ausfällt, wie die Umfrage weiter zeigt, überwiegt das Resultat aus der Mitte und dem bürgerlichen Lager (siehe Grafik). Immerhin 37 Prozent der SVP-Wähler halten den Kauf für unnötig. «Das überrascht mich», sagt Ochsenner. Man finde aber sogar in der Luftwaffe Personen, die glauben, der Kauf sei falsch. Sehr oft würde die Beschaffung neuer Jets für eine Berufsarmee diskutiert. «Das ist verkehrt. Man muss über Sicherheit reden.» Auch die Sicherheitspolitikerin Corina Eichenberger



Kinder bestaunen eine Eins-zu-eins-Nachbildung des Gripens, die im März 2010 im Verkehrshaus zu sehen war.

Archivbild Neue LZ

(FDP, AG) denkt, dass die Diskussion breiter geführt werden müsste. «Die Gründe, welche für einen Jet sprechen, wurden noch nicht breit gestreut», sagt sie. Das sei auch der Grund, warum sich derzeit 47 Prozent der FDP-Wähler

SVP-Mann Thomas Hurter hat sich in der Vergangenheit mit viel Herzblut für die Beschaffung neuer Flugzeuge eingesetzt. Es überraschte daher, dass er sich lautstark gegen den bundesrätlichen Entscheid für den Gripen stellte. Hat seine Kritik zu den vielen ablehnenden Stimmen der SVP-Wählern beigetragen? «Es stimmt, meine Stimme ist in dieser Angelegenheit eine gewichtige», räumt er ein. Aber er wolle sich für das Land einsetzen und sehe gewisse Risiken bei der Beschaffung des Gripens. «Da halte ich den Finger drauf. Der Kauf darf keine finanziellen Unsicherheiten bergen.»

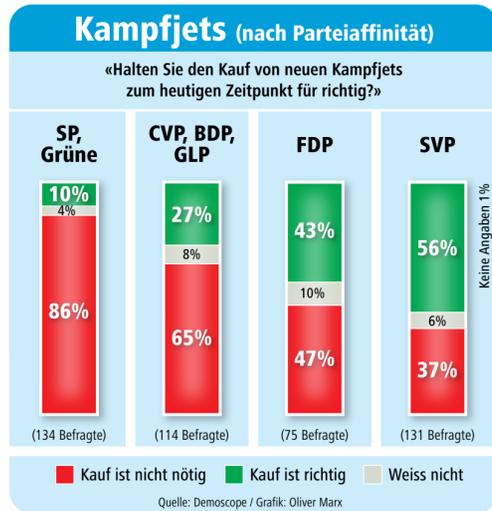
Das kleine schwedische Flugzeug scheidet auch in der Bevölkerung die Geister – und zwar etwa zu gleichen Teilen. 36 Prozent der Befragten halten es für die richtige Maschine für die Schweiz, 38 Prozent finden, der Bundesrat habe die falsche Wahl getroffen. Bemerkenswert ist aber die Anzahl Personen, die nicht wissen, ob der Kampfjet aus dem Norden für die Schweizer Luftwaffe tatsächlich gut ist (25 Prozent). «Ich kann das auch nicht beurteilen», sagt der Luftwaffen-Offizier Fabian Ochsenner, Angestellter bei Rheinmetall Air Defence. Ob der Entscheid zu Gunsten des Gripens richtig war, werde

«Die SVP ist mehr mit dem Boden verankert als mit der Luft.»

JOSEF LANG, GSOA-VORSTANDSMITGLIED

gegen den Jet stellen. «Wenn man zu wenig über ein Thema weiss, sagt man Nein», folgert sie. Ins gleiche Horn stösst der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter, selbst Pilot und Kritiker des schwedischen Gripens: «Die Schweiz ist noch nicht aufgeklärt.»

Josef Lang sieht andere Gründe für die zahlreichen Kampfjet-Gegner aus dem SVP-Lager. Die Partei sei im wahren Sinne des Wortes bodenständig. «Sie ist mehr mit dem Boden verankert als mit der Luft. So fürchtet sie Einschränkungen beim Heer, wenn das Geld für Kampfjets ausgegeben wird.»



5 Milliarden finden die meisten zu viel

BUDGET Eine Mehrheit ist der Ansicht, die Armee koste zu viel. Die Armee soll nun die Zahl ihrer Offiziere reduzieren, fordert ein Experte.

Was die bürgerliche Mehrheit im Parlament entgegen der Empfehlung des Bundesrates durchgeboxt hat – nämlich eine 100 000 Mann starke Armee bei jährlichen Ausgaben von 5 Milliarden Franken –, ist nicht nach dem Gusto der Schweizerinnen und Schweizer. Zwar zeigen sich die meisten mit dem Personalbestand von 100 000 einverstanden (Zustimmung 55 Prozent), doch halten zugleich 57 Prozent die Ausgaben für zu hoch. Am wenigsten gefällt dies der Generation zwischen 35 und 54 Jahren, hier finden 63 Prozent eine 5-Milliarden-Armee zu teuer. Interessant der Blick auf die Parteizugehörigkeit der Befragten: 57 Prozent der Sympathisanten der Mitteparteien CVP, BDP

und GLP halten den Wert für zu hoch, aber auch 40 Prozent der FDP-Wähler und immerhin noch 33 Prozent der SVP-Anhänger. Wenig überraschend, dass 77 Prozent der links-grünen Wähler das Budget von 5 Milliarden als zu gewaltig ablehnen. Frauen sind dem Armeebudget gegenüber skeptischer eingestellt als Männer. 61 Prozent der Frauen finden die neue Armee zu teuer (Männer: 52 Prozent).

Zu viele höhere Stabsoffiziere

Der Militär- und Strategieexperte Albert A. Stahel sagt, wo man den Sparhebel ansetzen könnte, ohne den Armeebestand von 100 000 grundsätzlich zu reduzieren. Wir haben in der Schweiz heute in etwa gleich viele Brigadiers, Divisionäre und Korpskommandanten wie damals mit einer 650 000er-Armee. Die Hälfte soll man nach Hause schicken, dann können wir das Budget auf 4,5 Milliarden reduzieren. Die Armee beschäftigt heute zwei-

und 60 höhere Stabsoffiziere. In armenen Kreisen hat man natürlich eine andere Sicht der Dinge. Andreas Widmer, Präsident der Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM): «Umfragen sind immer Momentaufnahmen. Wesentlich aussagekräftiger eingestellt als Männer. 61 Prozent der Frauen finden die neue Armee zu teuer (Männer: 52 Prozent).»

Die Zürcher SP-Nationalrätin Chantal Galladé, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK), sieht das anders: «Die Leute können nicht verstehen, weshalb in Zeiten des allgemeinen Spardrucks ausgerechnet die Armee mehr Geld erhalten soll, zumal es im letzten Jahr mit 4 Milliarden Franken auch günstiger gegangen ist.»

Bundesrat Maurer nimmt Stellung

UMFRAGE red. Verteidigungsminister Ueli Maurer wurde vergangene Woche mit dem Resultat der Umfrage konfrontiert und hat ausführlich dazu Stellung genommen. «Ich bin überzeugt, dass das Resultat noch korrigiert werden kann», kommentierte Maurer. Am nächsten Dienstag publizieren die «Neue Luzerner Zeitung» und ihre Regionalausgaben das ausführliche Interview mit Maurer zur Umfrage.

1005 Interviews geführt

Die Jahresumfrage widmete sich dem Thema «Armee» und im Speziellen dem Kauf neuer Kampfflugzeuge. Die Umfrage wurde auf Auftrag der «Zentralschweiz am Sonntag» vom Meinungsforschungsinstitut Demoscope aus Adligenswil durchgeführt. Die Meinungsforscher befragten, um ein repräsentatives Resultat zu erhalten, 1005 stimmberechtigte Personen im Zeitraum vom 15. bis 20. Dezember.

KOMMENTAR



Volk soll entscheiden

Léa Wertheimer über die repräsentativen Ergebnisse zur Umfrage über die Armee

Die neuen Kampfjets sind noch nicht voll vom politischen Radar der Bevölkerung erfasst. Die von unserer Zeitung durchgeführte Umfrage ist als erster repräsentativer Eindruck der Stimmung im Land zu verstehen. Die Debatte über die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge hat im Grunde noch kaum stattgefunden. Erst vor kurzem legte der Bundesrat einen Grundstein für die Diskussion: Er entschied, dass künftig der schwedische Gripen mit einem Schweizer Kreuz versehen und 3 Milliarden kosten wird. Die wichtigste Diskussionsgrundlage fehlt aber noch immer: ein klares Konzept, wie das Kampfflugzeug finanziert werden soll. Erst mit diesen Informationen können sich Parteien, Verbände und die Schweizer Bürger positionieren.

Klar ist aber schon jetzt, dass der Kaufpreis der Flugzeuge stattlich ist. Ebenso klar zeigen die aktuellen Konflikte in Nordafrika, dass eine starke Luftwaffe zentral ist. Ob die Schweiz neue Kampfflugzeuge will oder nicht, ist eine Grund-

satzfrage, die bedeutende Konsequenzen für die Armee als Gesamtsystem hat. Diese Grundsatzfrage kann von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) vors Volk gebracht werden. Das ist gut so. Gleichzeitig muss das Volk auch über die gewichtige Frage der Finanzierung mitentscheiden können.

Das Resultat unserer Umfrage zeigt die aktuelle Lage – mehr nicht. Gegner und Befürworter der Kampfflugzeuge tun gut daran, die Abstimmung über die F/A-18 als Lehrstück im Kopf zu behalten. Die Umfragen zeigten damals bis kurz vor dem entscheidenden Sonntag ein äusserst knappes Resultat – zu Gunsten der GSoA. Dann kam alles anders. Der Konflikt auf dem Balkan war eskaliert, die Bevölkerung suchte Sicherheit und beschloss den Kauf der Jets. Das Paradebeispiel für solche unvorhergesehene Ereignisse lieferte in der Energiepolitik Fukushima. Und auf solche Phänomene haben weder Politiker noch Lobbyisten Einfluss.

LÉA WERTHEIMER lea.wertheimer@luzernerzeitung.ch

Die Jet-Finanzierung ist noch im Blindflug

ARMEE Zu heftigen Diskussionen im Parlament führt vor allem die Frage nach der Finanzierung der Kampfjets. Wie sie denn gewährleistet werden soll, ist heute unklar.

Wenn es um die Verteilung des Bundesbudgets geht, erhitzen sich die Gemüter der Politiker zuweilen wie Triebwerke eines Flugzeuges. 2011 hatte sich das Parlament für eine Armee mit 100 000 Mann bei Kosten von 5 Milliarden Franken ausgesprochen. Dieses Geld soll auch reichen, die neuen Kampfjets über mehrere Jahre abzustottern, versicherte der Verteidigungsminister Ueli Maurer vor wenigen Tagen.

Mitteparteien entscheidend

Die Kritiker aber zweifeln. Sie fürchten, dass man in Bereichen wie Verkehr oder Bildung sparen muss, um sich die Jets leisten zu können. Dieses Argument verschafft den Flugzeuggegnern Aufwind und könnte insbesondere in den Mitteparteien für breite Ablehnung sorgen. Das fürchtet auch die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger: «Klar ist, dass mit der aktuellen Zusammensetzung das Risiko höher ist, dass der Kampfjet bereits im Parlament abgelehnt wird.»

Die Umfrage dieser Zeitung zeigt in der Frage nach der Finanzierung das deutlichste Resultat: Satte 82 Prozent der Befragten wollen nicht, dass zu Gunsten des neuen Kampfflugzeuges in anderen Departementen gespart wird. Thomas Hurter, SVP-Nationalrat aus Schaffhausen, will gar diese Fragestellung nicht gelten lassen. «Die Frage, ob in den Bereichen Verkehr oder Bildung gespart werden sollte, ist populistisch», wertet er. «Warum hat das niemand auf das Tapet gebracht, als wir um mehr Geld für die Entwicklungshilfe diskutierten?» Hurter vermutet, dass sich niemand getraut habe. Die Armee hingegen ist seiner Meinung nach ohnehin seit Jahren «der Stein-

bruch, wenn es zu sparen gilt.» Die Lage ist verzwickter, der Rotstift wird herumgereicht. Corina Eichenberger etwa will an einem anderen Ort sparen: «Ich denke da an die Landwirtschaft.» Und damit dürfte sie wiederum in der SVP auf grossen Widerstand stossen. Eichenberger erinnert aber daran, dass man ja nicht gedenke, effektive Kürzungen vorzunehmen. Vielmehr ginge es darum, das Ausgabenwachstum in anderen Departementen zu beschränken. Und in einem geht sie mit Hurter einig: «Sicherheit in der Schweiz wird als selbstverständlich angesehen. Kaum jemand denkt darüber nach, wie viel sie kostet.»

Agglomeration schert aus

Bemerkenswert ist das Resultat der Umfrage in der Agglomeration. Die Ablehnung gegen ein Sparprogramm fällt noch höher aus und liegt bei 86 Prozent. Ein logisches Ergebnis, findet GSoA-Mitglied Josef Lang. «Diese Regionen sind auf gute Infrastruktur im Verkehr angewiesen.» Der Kauf von neuen Kampfjets könnte dort zu Einsparungen führen. So sei es denn nicht überraschend gewesen, dass der lauteste Widerstand gegen ein Sparprogramm vom Verkehrsministerin Doris Leuthard kam. Auch die Befürworter der neuen Kampfflugzeuge wollen nicht verschwendlich mit dem Bundeshaushalt umgehen. Thomas Hurter etwa mahnt zur Vorsicht: «3 Milliarden müssen für die 22 Flugzeuge reichen.» Er wolle nicht, dass wie bei anderen militärischen Beschaffungen etliche Nachtragskredite nachgeschoben werden.

SVP im Zugzwang

Die Umfrage fördert, was die Finanzierung angeht, ein erstaunliches Resultat ans Licht: 68 Prozent der SVP-Wähler sind nicht gewillt, den Gürtel in anderen Departementen enger zu schnallen, um die Flugzeuge beschaffen zu können. «Das ist paradox», sagt Chantal Galladé (SP Zürich), Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission. «Einmal mehr möchte die SVP etwas beschaffen, aber nicht dafür sparen», kritisiert sie. Die SVP sei nun im Zugzwang und müsse sagen, wie sie die Flugzeuge zu finanzieren gedenke.

LÉA WERTHEIMER lea.wertheimer@luzernerzeitung.ch